

Anfragen, Infos:

oeli@kreidekreis.net

In dieser Nr. zB. Seite
Personalhoheit - 2
Südtirol beeindruckt 3
Aktuelle Schulfront 4
Woran krankt die
Schuldiskussion - 5
Minderheitsmeinung 6
Verfassung ändern 7
Berufsreifeprüfung - 8
ÖLI für Schulkultur
der Wertschätzung 9
Schule kann gelingen
Enja Riegel - 10
Finnland: Domisch 11
Mehrstufenklasse 13
Be a hero, teacher 14
Weiße Feder - 15
Schulsozialarbeit - 16
Termine - 16



Österreichische • LehrerInnen • Initiative



Wenn SchulleiterInnen auch Personalhoheit haben,
dann fügt sich alles zu einer Einheit.

Liebe KollegInnen!

Bereits vor 3 Jahren hat unser Zeichner diese Abwandlung der Schlusszene aus dem „Club der toten Dichter“ geschaffen. Es ist also keine neue Idee, den DirektorInnen das „hire and fire“-Recht zu geben. Diesmal scheint aber der Wille zur politischen Umsetzung größer. Andreas Chvatal, em.ÖLI-Vorsitzender, macht sich Seite 2-3 seine Gedanken dazu.

Nachdem in den öö.Nachrichten die Fortbildungswilligkeit der (AHS/BMHS-)LehrerInnen unter dem Titel „Schminkseminare“ durch den Kakao gezogen wurde, schaltete Ralf Wimmer als öö.BMHS-Gewerkschaftsvorsitzender den Presserat ein. Die OÖN zeigten sich reumütig und gesprächsbereit über die aktuelle Bildungsberichterstattung. Ralf wurde zu einem Gastbeitrag eingeladen - siehe S. 5. Die Berufsreifeprüfung soll den schnelleren Aufstieg im zweiten Bildungsweg ermöglichen - aber soll sie verschenkt werden? Siehe Seite 8.

Natürlich kommt auch die geplante Verfassungsreform („Abschaffung der LSR“) und die Neue Mittelschule in diesem Kreidekreis vor. Und Termine, Berichte zB, dass sich BM Schmied in Südtirol informierte (Seite 3).

Manche Lösungsvorschläge überzeugen uns nicht, zB S.15 mittlere Spalte (Lärm).

Wen ein Thema fehlt und du meinst „Darüber sollte der Kreidekreis einmal schreiben“, teile es uns mit.

Wer reine Sachinfos sucht, hole sich unser 2008er „Dienstrechtskriptum“ von www.oeli-ug.at.

Mit dem Hinweis, dass sich unsere MandatarInnen immer über Anregungen freuen, wünscht informatives Lesen und ein weiterhin an- und aufregendes Schuljahr

's ÖLI-Team

Impr: EHV: Österreichische LehrerInnen Initiative - Unabh. GewerkschafterInnen für mehr Demokratie (ÖLI-UG), 4643 Pettenbach, Pflasterweg 7. Red.: Josef Gary Fuchsbauer. Papieraufgabe: 1100. Kreidekreis ist das Informations-/ Diskussionsorgan der ÖLI-UG und ihrer Landesorganisationen. **LeserInnen-Beiträge zu schulrelevanten Themen willkommen!** ÖLI-Beitritt bzw. Abo-Bestellg.: oeli@kreidekreis.net, Tel=Fax 07586 8877, € 30 bis 300 bzw. Abo 7€/Jahr auf PSK (60000) 78420320 „ÖLI-Kassier Fuchsbauer“

ÖLI ZVR-Zahl 125480687

An:

Falls unzustellbar bitte zurück an:

4643 Pflasterweg 7 DVR: 0581518



Andreas Chvatal,
aktiv für apfl/ug
und ÖLI-UG, seit
23 Jahren Haupt-
schullehrer in Wien,
Email: chvatal(a)
kreidekreis.net

Keine Personalhoheit für SchuldirektorInnen!

Gegen neoliberale Tendenzen im österreichischen Schulsystem!

Kurier, 1. April 08 (Kein Scherz!!):

Mit Spannung wird der Bericht der Schulreformkommission erwartet, der morgen präsentiert wird. Drei Reformen kündigt Bildungsministerin Claudia Schmied vorab an – und die haben es in sich: Lehrerauswahl an den Schulen. "Mir ist unverständlich, dass Direktoren die Qualität der Lehre zu verantworten haben, sie aber nicht verantworten dürfen, wen sie an ihre Schule holen", sagte die Ministerin zum KURIER.

Sollen Direktoren also für Anstellung und Kündigung der Lehrer zuständig sein? "Ja, das muss in beide Richtungen gehen." Was soll ein Lehrer machen, der gekündigt wird? Antwort der gelernten Bankerin Schmied: "Was macht man mit einem Kreditreferenten in einer Bank, der kein Geschäft bringt?"

Ministerin Schmied hat sich also festgelegt. Auch sie ist der Meinung, dass es viele „schlechte“ LehrerInnen gibt, die einfach gekündigt werden sollen. Dadurch würde, so meint sie, das Schulsystem verbessert. So etwa 5%, also 6000 LehrerInnen, sollen es sein, die unter anderem für die schlechten PISA Ergebnisse der Alpenrepublik hauptverantwortlich sein sollen. Ganz klar, die müssen weg! ¹⁾

Da solche Aussagen sich praktisch mit dem herrschenden neoliberalen Zeitgeist decken, werden sie von fast niemandem hinterfragt. Am allerwenigsten offenbar von JournalistInnen.

Resultat: Die Ministerin steht mit dieser Behauptung(!) gut da und muss nicht einmal erklären, wodurch denn die angestrebten Massenkündigungen das Schulsystem verbessern würden.

Die veröffentlichte Meinung und viele ihrer KonsumentInnen kaufen ihr das auch so bereitwillig ab. Motto: Endlich wird was getan, gegen die faulen LehrerInnen! Womit dann in der Regel wiederum alle Lehrkräfte gemeint sind. Zeitgeist eben.

Interessanterweise scheint dabei völlig unwichtig zu sein, wie festgestellt werden soll, welche LehrerInnen abserviert werden. Wohl deshalb, weil sich, solange dies unklar bleibt, alle Lehrkräfte betroffen fühlen müssen.

Umso klarer ist hingegen, wer kündigen soll, nämlich die DirektorInnen.

Wirklich elegant. Damit schiebt der Schulerhalter und Arbeitgeber Bund und mit ihm die Länder, die Verantwortung für die Schulmisere in Österreich einfach nach unten ab. Und wenn keine Verbesserung eintritt, haben sie immer noch die Ausrede, dass eben zu wenig gekündigt wurde.

Warum können eigentlich DirektorInnen besser kündigen als Bund und Länder? Wohlgermerkt, die Personalhoheit über die Lehrkräfte läge dann in den Händen von Menschen, deren vorrangigstes Qualifikationskriterium in sehr vielen Fällen ein Parteibuch war! In manchen Fällen war dies wohl auch das einzige Kriterium.

Es kann davon ausgegangen werden, dass viele DirektorInnen diese Möglichkeit nutzen würden, um ein munteres hire-and-fire Spielchen zu beginnen. So genau können Vorgaben für diese Maßnahme gar nicht sein, dass sie nicht genutzt würde, missliebige LehrerInnen von der Schule zu entfernen, um sie durch solche zu ersetzen, die leichter „handhabbar“ sind. Direktorischer Willkür wäre Tür und Tor geöffnet.

Informierte wissen, dass viele DirektorInnen längst versuchen so zu agieren. Übrigens, wenn der Begriff Personalhoheit hier richtig verwendet wird, hieße das, dass solcherart entfernte Missliebige ohne Aussicht auf einen annähernd gleichwertigen Job auf der Straße stünden! Reichlich brutal diese Vorgangsweise.

Ein/e „SubbossIn“ wird mit größerer Machtfülle ausgestattet, um ihre/seine Untergebenen per Angstdruck gefügig und damit leichter ausbeutbar zu machen.

Eine der wichtigsten Aufgaben von LehrerInnen ist es bekanntlich, ihren SchülerInnen soziale Werte zu vermitteln. Dazu zählen unter anderem Toleranz und Offenheit für die Probleme anderer, sowie die Bereitschaft Konflikte partnerschaftlich und gewaltfrei zu lösen.

Soll es wirklich so sein, dass Lehrkräfte andererseits mit dem Anspruch konfrontiert werden, dass sie rausfliegen, wenn sie Anforderungen nicht genügen, die von ihrer Schulleitung ausschließlich nach deren Gutdünken festgelegt werden?

Ich glaube, hier offenbart sich ein gewisser philosophischer Widerspruch. Vielleicht auch deshalb, weil der Lehrberuf und seine spezifischen Aufgaben und Anforderungen eben nicht eins zu eins auf andere Berufsfelder übertragbar sind. Ich bin davon überzeugt, dass es nicht sinnvoll ist,

¹⁾ Ich persönlich frage mich allerdings, ob diese 5% wirklich so schlecht sein können, dass es sich gleich in der PISA Studie widerspiegelt? Dies scheint zweifelhaft, vor allem wenn bedacht wird, dass die anderen 95% brav bis sehr brav sind.

zu versuchen, im Schulbereich Veränderungen durch hierarchische Druckausübung und Angstverbreitung herbeizuführen. Keinesfalls passt dies zu Werten wie Toleranz und (Schul-)Partnerschaftlichkeit.

Damit kommen wir zur weitverbreiteten Binsenweisheit Nummer zwei. Sie lautet: Die LehrerInnen brauchen sich - über das Obige - gar nicht aufzuregen, denn in der Privatwirtschaft sind solche Praktiken gang und gäbe. Die Aussage könnte wahrscheinlich direkt von der Frau Ministerin kommen. (Siehe: Obiges Zitat, von wegen Kreditreferent.)

Nun, der zweite Teil des Satzes stimmt ja wirklich, aber warum muss etwas, das für die profitorientierte Wirtschaft normal und (vielleicht!) notwendig ist, unbedingt auf das eindeutig nicht profitorientierte staatliche Schulsystem aufgepfropft werden, und wie kann schon feststehen, dass dies eine Verbesserung bewirken wird? Warum sollten LehrerInnen

die oben erwähnten Aufgaben besser erfüllen, nur weil sie um ihren Arbeitsplatz fürchten müssten?

In diesem Zusammenhang scheint auch höchst verdächtig, dass schon fix ist, wie viele LehrerInnen rausgeworfen werden müssen. Wer hat die eigentlich gezählt und wie?

Es zeigt sich wohl eindeutig, dass auch bezüglich der Binsenweisheit Nummer zwei beträchtlicher Aufklärungsbedarf besteht. Wer wird sich trauen, hier nachzufragen? Vielleicht Gewerkschaft und/oder Personalvertretung?

Etwa so: Können die Probleme des Schulsystems gelöst werden, indem ihm einfach theoretische marktwirtschaftliche Lösungsansätze aufgezwungen werden? Dies darf wohl bezweifelt werden. Vor allem angesichts der Tatsache, dass solche Ansätze praktisch immer auch auf Kostensenkung - vulgo Effizienzsteigerung - und Personalabbau abzielen. Es müsste eigentlich sogar Me-

dienkonsumentInnen, JournalistInnen, MinisterInnen und anderen zeitgeistig Beseelten klar sein, dass die österreichische Schulmisere so nicht behoben werden kann.

Die österreichischen Schulen brauchen vor allem eines, nämlich ein deutliches Mehr an Ressourcen, um den Bildungskahlschlag der letzten Jahre wettzumachen und den SchülerInnen eine bessere Unterrichts- und Betreuungsqualität anbieten zu können.

Dies wird nur dann gelingen, wenn alle Schulen, Schultypen, LehrerInnen, DirektorInnen und auch höhere Vorgesetzte gemeinsam auf das Ziel hinarbeiten, ein emanzipatorisch orientiertes Schulsystem zu entwickeln in dem kein Kind, aber auch keine LehrerIn zu kurz kommen kann. Kleingeistige dienstrechtliche Hexenjagden auf der untersten schulischen Hierarchieebene können sich dabei nur als kontraproduktiv erweisen.

Ministerin Schmied auf Schulbesuch in Brixen: "Bin beeindruckt"

Gefunden unter:

http://www.provinz.bz.it/lpa/service/285.asp?redas=yess&aktuelles_action=4&aktuelles_article_id=211270
Autonome Provinz Bozen - Südtirol - 8. April 2008

(LPA) "Tief beeindruckt" zeigt sich die österreichische Unterrichtsministerin Claudia Schmied, die heute (8. April), am zweiten Tag ihres Südtirolbesuchs, die Mittelschule "Oswald von Wolkenstein" in Brixen unter die Lupe genommen hat. Gemeinsam mit Landesrätin Sabina Kasslatter Mur ist sie dort von den Schülern empfangen worden und sieht sich in ihrem Einsatz für eine Gesamtschule bestärkt.

Das Anliegen, so Kasslatter Mur, sei gewesen, der Ministerin die Vielfalt des Unterrichts in der Mittelschule ebenso zu zeigen, wie die zahlreichen Möglichkeiten, sich dort auch der schwächeren Schüler adäquat annehmen zu können. "Dank der Mittelschule müssen sich Schüler nicht bereits im Kindesalter für die eine oder andere Schulrichtung entscheiden", so die Landesrätin.

Dies ist ein Ansatz, den auch Unterrichtsministerin Schmied in Österreich verfolgt. So startet man auf ihre

Initiative hin mit einem Pilotprojekt, das sich "neue Mittelschule" nennt und das diese frühe Konzentration auf einen Schultyp verhindern soll.

"Nach dem Besuch der Mittelschule in Brixen fühle ich mich auf diesem Weg mehr als bestärkt und habe eine Vielzahl von Argumenten für die Gesamtschule geliefert bekommen", so Schmied heute. Sie habe - geführt von den Schülern - feststellen können, dass in der Südtiroler Mittelschule die Kinder im Mittelpunkt stünden. Angetan war die Ministerin zudem vom offenen Unterricht und den verschiedenen Formen der Lernbetreuung, die es den Kindern ermöglichen, das Lernen an sich zu lernen.

Neben der Mittelschule hat auch das Integrationsmodell von Einwandererkindern Schmieds Interesse geweckt. Sie hob dabei vor allem die gezielte Förderung der Kinder in der Klassengemeinschaft und die Verbesserung der Sprachkenntnisse durch den individuellen Unterricht in den Sprachzentren hervor.

Und schließlich habe sie auch die Organisation der Südtiroler Mittelschulen überzeugt. "Es gibt hier eine sehr gute Zusammenarbeit der Lehrer, die sich gemeinsam auf den Unterricht vorbereiten, ihn zum Teil gemeinsam halten und in einem Leitungsgremium die Themen des Alltags und die Schulentwicklung erörtern", so Schmied.

"Hier ist die Schule nicht nur ein Ort des Lernens, sondern darüber hinaus eine lernende Organisation."



Harald Miesbacher, Steli-AHS, miesbacher(a)kreidekreis.net

(Langform eines) Artikel(s) für die Kleine Zeitung:

Aktuelles von der Schulfront

Nach den Verwerfungen im vorigen Jahr war über den Jahreswechsel doch wieder mehr Ruhe an der Schulfront eingekehrt. Ministerin Claudia Schmied kurierte zunächst wohl einmal die Beulen, die sie sich mit ihrem wenig erfolgreichen Projekt Neue Mittelschule geholt hatte. Auch betreut sie mit dem Kunstministerium noch eine andere heikle politische Baustelle, und schließlich war zuletzt überhaupt der Fortbestand der Regierungskoalition höchst unsicher. Jüngste Äußerungen der Unterrichtsministerin zeigen aber an, dass Schmied die Schulpolitik doch nicht ganz aus den Augen verloren hat. So sprach sie sich zunächst einmal etwa für eine universitäre Lehrerausbildung aus, ohnehin eine alte SPÖ-Idee. Gleichzeitig scheint sie aber doch die dubiose Gehrer'sche „Pädagogische Hochschule“ zu schlucken bereit zu sein – und damit eine weiterhin getrennte Lehrerausbildung, ungeachtet der Tatsache, dass sie damit ihr Großprojekt einer gemeinsamen Schule der 10-14-Jährigen konterkariert. Des Weiteren schlug Schmied auch die einheitliche Personalverwaltung sämtlicher österreichischer Lehrer in Bundesobhut vor. Dagegen formierte sich naturgemäß sofort die Riege der ÖVP-Landeshauptleute. Die ihnen heilige föderalismusfolkloristische Tradition hochhaltend, denken Pröll und Co. nicht im mindesten daran, ihre Landeslehrerschäfchen dem Bundeswolf auszuliefern. Man weiß, da wäre es dann ziemlich vorbei mit jeder landesfürstlichen Besetzungs- und Klientelpolitik. Die Ministerin sprach sich schließlich noch für Auswahlverfahren für Lehrerstudenten sowie für schulautonome Personalhoheit aus. Genaueres allerdings – ein altes Schmied-Problem – gab sie nicht bekannt. Vor allem was Zweiteres, die Lehreranstellung durch Schulleiter, anlangt, ist freilich höchste Vorsicht geboten. Direktoren, die sich ihre Lehrermitarbeiter aussuchen können – das klingt absolut zeitgemäß, ist denn auch eine massive Forderung wirtschaftsnaher Institutionen und Interessenverbände. Doch allein schon die Tatsache einer nach wie vor erheblich parteipolitisierten Schullandschaft spricht dagegen, dass letztlich allesamt politisch bestellte Schulleiter ihr Personal freihändig und ohne jede echte Kontrolle anstellen können. Einzelpersonen, die selber bloß Dienstnehmer sind, sollte in einem derart sensiblen öffentlichen Bereich wie dem staatlichen Schulsystem niemals

eine solche Machtfülle zugestanden werden. Es wäre auch um nichts besser, wenn die Anstellungsentscheidungen etwa ein schulinternes Gremium – das viel beschworene „mittlere Schulmanagement“ (von wem und wie legitimiert?) – träfe. In jedem Fall drohte neofeudale Klüngelwirtschaft übelster Art, im ländlichen Raum gar der reinste Verhabeungsprovinzialismus. Die solcherweise angestellten Lehrer wären völlig ausgeliefert und aus der Beschäftigungsangst heraus vollends zu Dienstfertigkeit und Konformismus gezwungen. Nicht zuletzt drohte ihnen das Schicksal jener derzeit schon erbarungswürdigen Pariakollegen plus/minus vierzig mit prekärerem Status, welche gegenwärtig schon für die vielen ungeliebten schulischen „Drecksarbeiten“ herhalten müssen. Aber eben den abhängigen, pflegeleichten, willfährigen Knechtslehrer hätten etliche Schulleiter, deren Eignung im Übrigen mindestens so prüfenswert erscheint, halt gern! Der Direktor soll aber bestenfalls als Primus inter pares gelten, ein aus schulhistorischen Unzeiten wieder hervorgekramter direktorialer Autoritarismus oder Neoabsolutismus in Gestalt einer hire and fire-Chefität ist überhaupt nicht wünschenswert. Zudem geht es im Zusammenhang mit der schulischen Personalhoheit nicht um die immer wieder herbeizitierten unfähigen Lehrer. Um die loszuwerden, bietet das bestehende Dienst- und Disziplinarrecht den Direktoren ausreichend Handhabe. Den Schulen sei – wie derzeit schon möglich – eine gewisse Auswahlmit-sprache durchaus zugestanden, doch die uneingeschränkte Personalhoheit ist abzulehnen. Gerne wird ins Treffen geführt, die einzelnen Schulen wüssten doch selber am besten, welches Personal sie etwa für ihr Profil benötigten. Da kommen dann oft die leidigen Zusatzqualifikationen ins Spiel. Lassen wir einmal beiseite, wie es – zumal im AHS-Bereich – um diese Schulprofile tatsächlich bestellt ist, lassen wir auch beiseite, dass diese Zusatzqualifikationen oft wenig mehr als hurtig gesammelte Scheinchen sind. Wesentlich ist, dass mit Zusatzqualifikationen wohl in den wenigsten Fällen eine volle Lehrverpflichtung zusammenaddiert werden kann.

Die Lehreranstellung soll deswegen allein Aufgabe der landesschulrätlichen Personalabteilung sein. Dort hat man in den letzten Jahren klare und ausreichend transparente Anstellungskriterien erarbeitet. Und es besteht durchaus die Hoffnung, dass dort eine parteiunabhängige, nicht korrumpierte, korrekte Beamtenschaft die Dienstverträge gemäß den vereinbarten Regeln ausfertigt.

In einer erheblich parteipolitisierten Schullandschaft spricht viel dagegen, dass Schulleiter ihr Personal freihändig und ohne jede echte Kontrolle anstellen können.

Die landeschulrätlichen Personalabteilungen haben in den letzten Jahren klare und ausreichend transparente Anstellungskriterien erarbeitet.



Ralf Wimmer,
stv. Vorsitzender
der BMHS-
Gewerkschaft
OÖ,
wimmer(a)
kreidekreis.net

Hier wird dafür plädiert, diese Auseinandersetzung sachkundig und präzise, in ihrer nötigen Komplexität zu führen.

Woran krankt die Schuldiskussion?

Gastkommentar für die OÖN, bei Redaktionsschluss dort noch nicht erschienen.

Die Art und Weise, wie in Österreich über die allgemeinen Belange und Probleme der Schule öffentlich diskutiert wird, ist leider weniger Teil der Lösung als vielmehr Teil des Problems.

Denn da lässt jede zweite Wortmeldung das Schulwesen wechselweise „untergehen“, „zur Gänze versagen“ oder als „Talentsvernichtungsinstitution“ erscheinen. Dieser Alarmismus, der entweder durch einseitig rezipierte seriöse Studien oder unseriöse Untersuchungen im Wochenabstand gefüttert wird, taugt vielleicht zur Auf lagensteigerung der befassten Medien, zur sachkundigen Diskussion trägt er jedoch wenig bei. Da werden alle schulischen Probleme gerne aus einem Punkt „kuriert“, weil jemand **einen** Gedanken hatte und sein theoretischer „Tunnelblick“ augenscheinlich von der Komplexität des Systems überfordert ist. Überaus beliebt ist auch die Auseinandersetzung mit der Schule in Form einer Abrechnung, deren dramatisierender Stil schrille Schlagzeilen produziert, die wenig Wissen dafür umso mehr Empörung erzeugen.

Da wird gerne zum allgemeinen Halali auf „Schuldige“ geblasen und das „Schuldzuweisungskarussell“ dreht sich immer schneller und hysterischer, was eine weit verbreitete Stimmung des Ressentiments und der Anklage zur Folge hat. Da wird wenig unterschieden zwischen Wunsch und Wirklichkeit. Und wenn die eigene Idealvorstellung, der subjektive Blick auf die Schule, sich mit der Realität nicht deckt, umso schlimmer für die Realität! Die Realisierbarkeit der subjektiven Werte und Normen innerhalb der bestehenden materiellen und sozialen Rahmenbedingungen von Bildung wird nicht ernsthaft überprüft, sondern durch eine Appellkultur ersetzt, die von Lehrern insbesondere idealistische Selbstausschüttung und Burnout-erzeugendes Berufsethos samt dazugehörigem Workaholismus einfordert.

Geringe Sachkenntnis paart sich da nur allzu gerne mit klischeehaftem Denken und die wunderbare Vermehrung von Schulexperten jedweder Provenienz, deren gemeinsames Kennzeichen meist darin besteht, mit Schule eigentlich nichts zu tun zu

haben, „belebt“ den Markt der Meinungen. Die öffentlich gemachte Bildungspolitik fügt diesen desperaten Merkmalen der Bildungsdiskussion hierzulande noch die Nettigkeit der groß verkündeten Absichtserklärungen und klein gehaltenen bis gar nicht vorhandenen Ressourcen für deren Umsetzung hinzu, denn Bildung und Ausbildung sind ja bekanntlich **der** „Rohstoff“ einer modernen Wissensgesellschaft. Wer aber nicht wirklich bereit ist, die Arbeitsbedingungen von Lehrern und Schülern zu verbessern, kann letztlich nur auf die verstärkte „Auspressung“ von beiden setzen und das geschickter Weise als Qualitätserhöhung unter die Leute bringen. Dazu kommen noch die parteipolitisch motivierte Instrumentalisierung von Studien und Erhebungen sowie deren widersprüchliche und oft in „katastrophischem“ Vokabular verfasste Interpretationen, um den jeweiligen Parteiansichten die gewünschte öffentliche Wirksamkeit zu verschaffen, womit erneut zur allgemeinen Unkultur beigetragen wird.

Dass eine solche öffentliche Diskussionskultur bei den Lehrern keine gute Aufnahme findet, lässt sich wohl denken. Die einen ignorieren sie, weil sowohl die Art und Weise der Behandlung als auch die aufgebauchten Themen wenig mit ihrer Arbeitsrealität zu tun haben. Andere reagieren zynisch, weil sie spüren, dass es gar nicht um eine wirklich seriöse Diskussion über die Ursachen und geeigneten Lösungen von Missständen geht. Viele resignieren, weil schon so viele solche Diskussionen an ihnen vorüber gezogen sind, ohne dass sich je etwas geändert hätte. Viele sind immer noch zu empören, weil sie das ignorante und pauschale „Herabmachen“ ihrer täglichen Arbeitsleistung verletzt. Wenige machen sich noch die Mühe, sachlich zu berichten und darzustellen, wo die Probleme und ihre Ursachen wirklich liegen. Um kein Missverständnis aufkommen zu lassen, hier wird nicht bestritten, dass es im Schulsystem schwerwiegende Probleme gibt und dass eine gesellschaftliche Diskussion, in der diese Sachverhalte analysiert werden und nach geeigneten Lösungen gesucht wird, unverzichtbar ist. Hier wird dafür plädiert, diese Auseinandersetzung sachkundig und präzise, in ihrer nötigen Komplexität zu führen. Hysterische Kritik, wie sie gerade in jüngster Zeit wieder heftig lanciert wird, führt zu verfehlten Lösungsvorschlägen und zur Desavouierung von Kritik.

Die ÖLI-UG-AHS durfte in der Gewerkschaftszeitung einen Artikel über ihre Minderheitenposition zu den Gesamtschulversuchen schreiben. Hier die Langform:*

Wir wollen mitgestalten. Chancen sehen und nützen

ÖLI-UG und „neue Mittelschule“

Unsere **AHS ist Teil des österreichischen Schulsystems**, das in den letzten 15 Jahren in die Krise gespart worden ist. Für schulpolitische Antworten auf gesellschaftliche Veränderungen - deregulierte Arbeitszeiten, prekäre Arbeitsverhältnisse, Arbeitslosigkeit, Patch-work und AlleinerzieherInnen, Working Poor und Migration – fehlten die Budgetmittel und der politische Wille LehrerInnen aller Schultypen haben trotzdem versucht, für ihre SchülerInnen ihr Bestes zu geben, oft bis zum Burnout und zur Frühpension.

Die **zunehmende Heterogenität von Volks-, Hauptschul- und AHS-Klassen verlangt individualisierende Unterrichtsmethoden und die entsprechende Verbesserung der Aus- und Fortbildung aller LehrerInnen**. Weder die Privatisierung der Unis noch die Umbenennung der Pädaks in Pädagogische Hochschulen haben bisher diese notwendigen Verbesserungen gebracht. Von Universitätsausbildung und entsprechender Bezahlung aller LehrerInnen sind wir noch weit entfernt. Unterrichts- und WissenschaftsministerIn reden davon, aber ob diese große Reform auch dem Rest der Regierung so viel wert ist, bleibt unklar. Die Überzeugungsarbeit einer **solidarischen LehrerInnengewerkschaft in Pflichtschule, AHS und BMHS tut Not**.

Das **Problem der Mittelstufe** mit ihrem Output von 20% funktionalen Analphabeten **ist keines, das im Rahmen der Hauptschule gelöst werden kann**. Wäre es das, unsere APS-KollegInnen hätten es längst für uns erledigt. Herkunft bestimmt Zukunft. Die sozial und regional bestimmte Herkunft belastet Eltern, Kinder und VolksschullehrerInnen nicht erst in der 4. Klasse. Neugierige Freud´ am Lernen kippt hinüber ins Lernen für oder aus Angst vor Noten.

Seit 2007 gibt es Bewegung in der Schulpolitik - kleinere 1.Klassen, auch wenn die 25 „nur“ Richtwert war, Individualisierung, Integration und Mittelstufenschulversuche, die von einer breiten öffentlichen Schuldiskussion begleitet werden.

Warum sind wir **AHS-GewerkschafterInnen der ÖLI-UG** bei diesen Schulversuchen **fürs Mitgestalten**? Entsprechend ihrem **sozialen Integrationsauftrag** haben die Hauptschulen mehr LehrerInnenstunden pro Klasse als die leistungs-homogeneren höheren Schulen, auch wenn wir AHS-LehrerInnen da und dort schon jetzt mit heterogenen Klassen arbeiten.

Das **Ablehnen einer AHS-Teilnahme an den Gesamtschulversuchen 2008/09 bedeutet auch das Ablehnen zusätzlicher Ressourcen**. Denn jeder AHS, die sich im Schulversuch als „neue Mittelschule“ diesem Integrationsauftrag stellt, stehen die gleichen Ressourcen für **Sprachförderung, Teamteaching oder Kleingruppenarbeit** zu wie den Regel-Hauptschulen mit ihren Leistungsgruppen – an die 12 Werteinheiten pro Schulversuchsklasse. Nach den Erfahrungen der „gemeinsamen Schulen“ Anton-Kriegergasse (Wien) oder Klusemannstraße (Graz) bringt die Zusammenarbeit von AHS- mit den HS-LehrerInnen vielfältige Anregungen und kostet keine AHS-Arbeitsplätze. Im Gegenteil.

Derzeit laufen die Anmeldungen für die Schulversuche an den AHS vorbei. Es sind **vorwiegend BMHS, die mit benachbarten Hauptschulen kooperieren**. Von diesen neuen, de facto „BMHS-Unterstufenklassen“ werden **positive Auswirkungen** auf Anmeldezahlen und in Folge mehr BMHS-Übertritte erwartet. Auch **BORGs nehmen diese Chancen der „neuen Mittelschule“ wahr**, Privatschulen sowieso, und alle gewinnen mit jeder Versuchs-Klasse zusätzliche SchülerInnen und bessere Arbeitsbedingungen als traditionelle AHS-Unterstufen (mehr Ressourcen) und Hauptschulen (Zustrom „AHS-reifer“ SchülerInnen). Ende April wird feststehen, wie sich die „neuen Mittelschulen“ 2008/09 auf die umliegenden AHS-Standorte auswirken.

2009/10 werden weitere BMHS und BORGs einsteigen werden, nicht nur in Wien und NÖ. Da werden auch AHS-Standorte dabei sein, deren LehrerInnen die soziale und pädagogische Herausforderung eines Gesamtschulversuchs und die damit verbundenen Ressourcen annehmen wollen. **Aussteigen aus dem parteipolitisch geprägten Freund-Feind-Schema und aus dem Neben- und Gegeneinander von Schultypen ist möglich**.

Bildung kostet. Entscheidend für die Qualität von Schule, LehrerInnenarbeit und -ausbildung werden die bereitgestellten Budgetmittel sein. Wir wollen mehr. Wir brauchen dazu das **solidarische Miteinander der LehrerInnengewerkschaften von AHS, APS und BMHS**. Wir sind fürs Abschließen der ideologischen Debatte und **für die volle Konzentration auf solidarische, überparteiliche Gewerkschaftsarbeit**

Glück auf! Reinhart Sellner, Erwin Dorn
Sellner (a)kreidekreis.net, dorn(a) kreidekreis.net

Letzte Meldung: Erfolg für die Unabh. GewerkschafterInnen: Bei den Betriebsratswahlen des allgemeinen Uni-Personals an der Boku in Wien:
6 UG - 3 FSG - 1 FCG - Wahlbeteiligung 49,18 %
Gratulation + Glück auf den UG-KollegInnen!

Zum Plan zur Änderung des Bundesverfassungsgesetzes

UGöd-Positionen zum Bundesverfassungsgesetz, 2. B-VG-Änderung (ExpertInnenvorschlag)

Begutachtungsfrist für BMUKK bis 9.4.08 (SC Stelzmüller, Aussendung 27.3.08), von der GÖD beantragte Fristerstreckung bis 19.5.08 – ARGE LehrerInnen zur Abstimmung der Positionen der APS-, AHS-, BMHS-, BS und LFW-Gewerkschaften am 17.4.08

1. Die UGöd lehnt eine de facto Abschaffung des Bundesrates ab, der in seiner Zusammensetzung die Stimmenverhältnisse der in die Landtage gewählten Parteien widerspiegelt. Eine Reduzierung jedes Bundeslandes auf eine Stimme und nur drei von der Landtagsmehrheit gestellten VertreterInnen – Landeshauptmann/frau, LandtagspräsidentIn und ein von Landtag auserwähltes Mitglied wird dem WählerInnenvotum in der Regel nicht gerecht werden. Das gleichzeitige Ausüben von exekutiver Gewalt als Landeshauptmann/frau im Bundesland und von legislativer Gewalt in einer zweiten Kammer des Parlaments widerspricht dem Verfassungsgrundsatz der Gewaltenteilung.

Der zu Bund (1.Säule) und Ländern (2.Säule) vorgeschlagene neue Kompetenzbereich „Bund und Länder“ (3.Säule), der Doppelgleisigkeiten verringern soll und Vollziehungs- und Kompetenzfragen auch mit einfachen Bundesgesetzen ohne Verfassungsänderung und damit rascher als bisher geregelt werden können, erscheint sinnvoll. Zur Wahrung des bundesstaatlichen Prinzips in Säule 3 soll die derzeitige Zusammensetzung des Bundesrates beibehalten werden, seine Abschaffung zugunsten der Macht von Landeshauptleuten lehnt die UGöd ab.

2. Die UGöd spricht sich für die Verankerung des Schulwesens als gemeinsame Bundes- und Landesache (Kompetenzbereich 3.Säule) **aus und einen damit - hoffentlich - verbundenen Abbau von verwaltungstechnischen Zweigleisigkeiten. Die damit verbundene verfassungsmäßige Mit-Verantwortung des Bundes für die Erfüllung des Artikel 7 des Staatsvertrages auch im Pflichtschulbereich sollte sich nach Auffassung der UGöd positiv im Sinn der Anerkennung von Minderheitenrechte im Minderheitenschulwesen und der Förderung zweisprachiger Schulen auswirken.**

2.1 Die Einsparungen von Parallelstrukturen auf der Ebene der Landesschulräte soll den Schulen in Form von Dienstposten zugute kommen. **Die UGöd ist gegen Abschaffung der Kollegien, die durch die Ergebnisse von Landtagswahlen demokratisch legitimiert und in denen auch Landtagsminderheiten vertreten sind, ebenso den Ersatz der im Sinn des vorliegenden Gesetzentwurfes zu reformierenden Landesschulräte durch Ämter der Landesregierung („Bildungsdirektionen“).**

2.2 Die UGöd begrüßt die Einrichtung von SchülerInnen-

nen-, Eltern- und LehrerInnenbeiräten auf Landesebene, **die neben dem Informationsrecht und dem Recht zu Stellungnahmen auch klar definierte Mitbestimmungsrechte in Fragen, die über einzelne Schulen oder Bezirke hinausgehen. Die Bestellung der LehrerInnen soll auf Grundlage der Personalvertretungswahlen erfolgen – keine Entsendung durch die Landtagsparteien**

2.3 Die UGöd unterstützt die dienst- und besoldungsrechtliche Zuständigkeit des Bundes für alle LehrerInnen. **Dafür sind eine Dienstrechtsreform, die im Sinn der Optimierung des bestehenden Bundes- und LandeslehrerInnenrechtes im Einvernehmen mit den LehrerInnengewerkschaften erarbeitet wird, und eine Reform des Personalvertretungsrechtes, das veränderten Entscheidungsstrukturen und Kompetenzen Rechnung trägt: Zentralaussschüsse beim BMUKK, Fachausschüsse auf Landesebene und – als von den KollegInnen am Standort gewähltes Gegengewicht zu ständig aufgewerteten SchulleiterInnen – Dienststellenausschüsse mit wirksamen Mitbestimmungsrechten in Personalfragen, aber auch in Schulbudget- und Schulausstattungsfragen, da diese die Arbeitsbedingungen der LehrerInnen wie der SchülerInnen betreffen.**

2.4 Die UGöd ist für eine gemeinsame Schulerhalter-schaft bisheriger Bundes-, Landes- bzw. Gemeindegemeinden, **wodurch die Nutzung und Verwaltung von Schulbauten und Liegenschaften erleichtert und eine bessere Integration der Schulen in die Gemeinden (Erwachsenenbildung, kulturelle, sportliche Aktivitäten u.a.) erreicht werden kann. Die UGöd fordert für diesen Fall ausreichende Bundes- bzw. Landesmittel zur Unterstützung der Gemeinden, insbesondere finanzschwächerer Gemeinden, und die Überführung der für Schulen und Universitäten zuständigen Abteilungen der BIG in gemeinnützige Tochtergesellschaften.**

2.5 Horte als Einrichtungen der Nachmittagsbetreuung von SchülerInnen sollen nach Auffassung der UGöd aus der Landeskompetenz in die 3. Säule überführt werden, **um Kooperationen in Zusammenhang mit dem Ausbau ganztägiger Schulformen zu erleichtern und Parallelstrukturen zu verringern. Auch für die Kindergärten ist angesichts neuer vor-schulischer Aufgaben und verstärkter Zusammenarbeit mit den Volksschulen eine Kompetenzregelung wie im Schulbereich anzustreben.**

2.6 Die UGöd fordert zur Gleichstellung aller LehrerInnen als BundeslehrerInnen eine Verankerung des Ziels einer gleichwertigen universitären Ausbildung aller LehrerInnen auf Master-Niveau, **der Integration der Pädagogischen Hochschulen in den Universitätsbereich und eine den steigenden beruflichen Anforderungen entsprechend angehobene Akademikerbezahlung für alle. Die UGöd fordert ebenso die Anhebung der Ausbildung und Bezahlung von KindergärtnerInnen, ErzieherInnen und anderen pädagogischen Berufen.**

2.7 Bei der weiteren Bearbeitung des Entwurfes sind weibliche und männliche Formen gleichberechtigt zu verwenden.

Zum Plan zur Änderung des Berufsreifepfungsgesetzes

Stellungnahme (von Katharina Bachmann, Peter Steiner und Josef Gary Fuchsbauer, ÖLI-UG) zum Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Berufsreifepfungsgesetz geändert wird

Allgemeines: **Grundsätzlich ist es zu begrüßen, wenn Berufstätigen die Möglichkeit geboten wird, die Reifeprüfung abzulegen** und so eine größere Handlungskompetenz in Beruf und Gesellschaft zu erwerben.

Abzulehnen ist jedoch, wenn dadurch das öffentliche Schulwesen und die Qualität der Reifeprüfung, egal ob an AHS oder BMHS, unter Druck gerät. Genau dies scheint uns durch den vorliegenden Entwurf einzutreten.

Besonders die folgenden Paragraphen scheinen uns äußerst zweifelhaft:

§ 1. (1) *Personen ohne Reifeprüfung können nach Maßgabe dieses Bundesgesetzes durch die Ablegung der Berufsreifepfung die mit der Reifeprüfung einer höheren Schule verbundenen Berechtigungen erwerben, wenn sie eine der nachstehend genannten Prüfungen bzw. Ausbildungen erfolgreich abgelegt bzw. absolviert haben:*

...
Zeile 10: *erfolgreicher Abschluss des III. Jahrganges einer berufsbildenden höheren Schule, der 3. Klasse einer höheren Anstalt der Lehrer- und Erzieherbildung oder des 4. Semesters einer als Schule für Berufstätige geführten Sonderform der genannten Schularten.*

§ 3, Abs. 3, Zeile 2. *an Stelle der fünfstündigen schriftlichen Klausurarbeit [kann die Teilprüfung Fachbereich, Anm. P.St.] auch in Form einer projektorientierten Arbeit (einschließlich einer Präsentation und Diskussion unter Einbeziehung des fachlichen Umfeldes) auf höherem Niveau abgelegt werden (Projektarbeit).*

§ 8. (1) *Auf Antrag einer Einrichtung der Erwachsenenbildung, die vom Bund als Förderungsempfänger anerkannt ist, kann der zuständige Bundesminister einen Lehrgang als zur Vorbereitung auf die Berufsreifepfung geeignet anerkennen. Die Anerkennung hat zu erfolgen, wenn der vorzulegende Lehr- oder Studienplan von seinen Anforderungen her jenen von öffentlichen oder mit dem Öffentlichkeitsrecht ausgestatteten höheren Schulen gleichwertig ist und die Vortragenden sowie die Prüfer über eine facheinschlägige, zum Unterricht nach den Anforderungen einer berufsbildenden höheren Schule befähigende Qualifikation verfügen. Der zuständige Bundesminister kann, wenn es im Hinblick auf die Gleichwertigkeit der Abschlüsse erforderlich ist, kompetenzbasierte Curricula für die Vorbereitung zu den einzelnen Teilprüfungen verordnen, welche den anerkannten Lehrgängen zu Grunde zu legen sind.*

Druck auf öffentliches Schulwesen, besonders auf Abendschulen für Berufstätige:

§ 1 lässt befürchten, dass sich BHS-SchülerInnen verleiten lassen, die gewählte Ausbildung abzubrechen, um „billiger“ zu einer Reifeprüfung zu kommen. Dabei könnte die Illusion entstehen, dass mit der BRP die gleichen Berechtigungen verbunden sind wie mit der Reife und Diplomprüfung an der BHS. Dieser Umstand wird durch die Möglichkeit einer Projektarbeit verstärkt. Statt einer fünfjährigen Ausbildung an einer BHS kann die RP nach 3-/bzw. 4-jähriger Schul-/Lehrzeit erworben werden.

Dieser Umstand würde besonders die Zahl jener AbsolventInnen senken, die eine qualitativ hervorragende gewerblich-technische Ausbildung aufzuweisen haben, was für die österreichische Wirtschaft aufgrund der dann fehlenden Fachkräfte einen nur schlecht zu reparierenden Schaden bringen würde.

Besonders für die Abendschulen für Berufstätige entstehen Szenarien, die nicht wünschenswert sind und dem Ausbildungsziel entgegen arbeiten. AbsolventInnen der Abendschulen zeichnen sich aufgrund ihrer langjährigen Berufspraxis durch besonders hohe praktische Kenntnisse und Fähigkeiten aus, die in Kombination mit der Theorie-Ausbildung allgemeiner und fachspezifischer Natur einen hohen Grad an gesellschaftlicher und beruflicher Kompetenz nach Abschluss der RP gewährleistet.

Dieser Grad an Kompetenz ist durch die Ablegung der BRP nicht in gleicher Weise gewährleistet, da der Lehrabschluss weder so viel an beruflicher noch sozialer Erfahrung bietet.

Die Möglichkeit, Ausbildung an private Institutionen auszulagern, fördert die Privatisierung des Schulwesens, ohne gleichermaßen strenge Kontrollinstrumentarien anlegen zu können. Die Vorlage eines dem öffentlichen Schulwesen entsprechenden Lehrplanes reicht da nicht aus.

Qualitätsverluste

Da die BRP nur Prüfungen in Deutsch, Englisch, Mathematik und berufseinschlägigem Fachgebiet vorsieht, kommt die Allgemeinbildung und die Schwerpunktsetzung von Seiten der SchülerInnen zu kurz.

Dieser Umstand, der schon an den bestehenden Abendschulen für Berufstätige zu kritisieren ist, führt zu einer geringeren Handlungsfähigkeit der AbsolventInnen in gesellschaftlicher, sozialer und politischer Hinsicht. Durch die BRP werden nur berufsbezogene Fertigkeiten gefördert, die Auseinandersetzung mit gesellschaftlich, sozial und politisch wichtigen Inhalten jedoch im Vergleich zur „normalen“ AHS- und BMHS-Bildung verringert.

Fächer wie Geographie, Geschichte, Religion, Ethik, Staatsbürgerkunde, Philosophie, Musik, aber auch Physik, Chemie, Biologie, etc. scheinen nicht als BRP-Prüfungsgegenstände auf. Damit wird der Reduzierung des Menschen auf berufsbezogene Fähigkeiten Vorschub geleistet und eine ganzheitliche Bildung durch Förderung der Orientierungsmöglichkeit

in Gesellschaft, Kunst und Politik vermindert. Ein Faktum, das besonders in Hinblick auf eine einigermaßen qualitätvolle Teilnahme der Menschen an österreichischer und europäischer Öffentlichkeit bedenklich erscheint.

Zu Qualitätsverlusten wird wohl auch die Einführung einer mündlichen Prüfung in Deutsch (zusätzlich zur schriftlichen) führen. Diese wird damit begründet, dass "eine solide Vergleichbarkeit dieser Teilprüfung mit Reifeprüfungen gewährleistet" wird und dass "negative schriftliche Prüfungen mündlich ausgebaut werden können".

Hier scheint uns wohl eher der letztere Grund ausschlaggebend zu sein, da die Vergleichbarkeit sehr wohl mit einer nur schriftlichen Prüfung gegeben wäre (bei weitem nicht alle A+BHS-MaturantInnen treten in Deutsch mündlich an!). Das Problem scheint eher darin zu liegen, dass es bisher in der BRP keine Möglichkeit gibt, eine negative schriftliche Prüfung durch eine mündliche Prüfung auszubessern, sondern nur die schriftliche Prüfung zweimal wiederholt werden kann. Diese Änderung scheint durch nicht besonders gute schriftliche Ergebnisse ausgelöst worden zu sein, die aber dadurch nicht besser werden!

Im Übrigen scheint die Absicht, dass der erfolgreiche Abschluss des III. Jahrgangs einer BHS als Voraussetzung für die Ablegung der Berufsreifeprüfung gelten soll, eine noch weitere "Verwässerung" der Absicht und des eigentlichen Zwecks der BRP zu sein: Diese will ja "für AbsolventInnen des dualen Systems (mit Lehrabschlussprüfung), für Absolventen von mindestens dreijährigen mittleren Schulen, von Schulen für Gesundheits- und Krankenpflege oder von Schulen für den medizinisch-technischen Fachdienst neue Berufschancen und neue Bildungsmöglichkeiten" (www.bmukk.gv.at/schulen/bw/zb/Berufsreifepruefung1568.xml) eröffnen.

Schließlich finden wir es auch wert, einen Blick auf die Einordnung der BRP in den NQR (gerade in Erarbeitung befindlicher Nationaler Qualifikationsrahmen) zu werfen. Hier scheint noch sehr viel Spielraum zu bestehen, eine Tendenz geht aber z.B. dahin, die BRP gleichwertig mit einer AHS- und / oder BHS-Matura einzuordnen, da "die BRP zusätzlich zur Studierfähigkeit ja auch eine berufsqualifizierende Komponente besitzt und somit über diese (= AHS-Reifeprüfung) hinausgeht und daher höher einzustufen ist als die AHS-Matura" (s. Konsultationspapier zum NQR, S. 24). Dies bestätigt den oben angesprochenen Qualitätsverlust, wenn man bedenkt, dass jemand mit 3 Jahren BHS und der BRP einem BHS- und / oder einer AHS-MaturantIn gleichgestellt sein wird. Auch der Zusatz in §8 (1) scheint in diese Richtung zu gehen, wenn von der Gleichwertigkeit der Abschlüsse gesprochen wird. Hier heißt es (wie oben zitiert): "Der zuständige Bundesminister kann, wenn es im Hinblick auf die Gleichwertigkeit der Abschlüsse erforderlich ist, kompetenzbasierte Curricula für die Vorbereitung zu den einzelnen Teilprüfungen verordnen, welche den anerkannten Lehrgängen zu Grunde zu legen sind."

Presseaussendung vom 4.4.08:

ÖLI-UG für eine Schulkultur der Wertschätzung von SchülerInnen, Eltern und LehrerInnen!

Unabhängige GewerkschafterInnen in den LehrerInnengewerkschaften zur Personalhoheit von Schul(leiterInn)en.

Utl.: Unterstützung und Solidarität statt Kündigungsdrohung und Durchfallen

- Stärkung der Schulen ist mehr als Personalhoheit von SchulleiterInnen

> für Stärkung der Schulen durch Einsparung von Zweigleisigkeiten in der Schulverwaltung und Verlagerung der Mittel an die einzelnen Schulstandorte

> statt Allmacht von DirektorInnen: Verankerung der Mitbestimmung in Personalfragen für die LehrerInnen und ihre Personalvertretung an der Schule

> Mitspracherechte für die Schulgemeinschaft von SchülerInnen, Eltern und LehrerInnen

Bildung braucht Zeit und Raum für gemeinsames Lernen und Er-Leben.

Bildung kostet. Österreich ist ein reiches Land.

ÖLI-UG fordert die gemeinsame Universitätsausbildung aller LehrerInnen (Master-Abschluss), kleine Klassen, Individualisierung und Freude am Lernen = mehr LehrerInnen für jede Schule, Beschleunigung des vom BMUKK angekündigten Schulbauprogramms (Schule als Lebensraum, Ganztagschulen ...) und Forcierung der tatsächlichen Verringerung der SchülerInnenzahl pro Klasse

Für die Österreichische LehrerInnen Initiative - Unabhängige GewerkschafterInnen (ÖLI-UG)

Irmgard Bernhard, Wilfried Mayr – APS
Eva Schmudermayer, Reinhart Sellner – AHS
Katharina Bachmann, Gary Fuchsbauer – BMHS

Rückfrage:
06802124358 fuchsbauer (a) kreidekreis.net,
014070985 sellner (a) kreidekreis.net, www.oeli-ug.at

Irmgard Bernhard, Sonderschulpädagogin, Bundesleitung
Pflichtschule der GÖD
Wilfried Mayr, Bundesleitung APS und Mitglied der Bundeskonferenz der GÖD
Eva Schmudermayer, AHS-Lehrerin, Bundespersonalvertretung,
ÖLI-UG-Vorsitz
Reinhart Sellner, Bundesleitung AHS und Mitglied der Bundeskonferenz der GÖD
Katharina Bachmann, BMHS-Lehrerin, Mitglied Landes-/Bundespersonalvertretung
Josef Gary Fuchsbauer, BMHS-Lehrer, Mitglied der Bundeskonferenz der GÖD



Robert Sutterlütti
VLI,
BRG Lustenau,
berichtet vom
Vortrag von
Enja Riegel in
Vorarlberg -
über die Hele-
ne-Lange-
Schule in
Wiesbaden

Schule kann gelingen

Eine Schule, in der SchülerInnen der unterschiedlichsten Leistungsniveaus ohne Einordnung in Leistungsgruppen lernen, in der die Noten teilweise abgeschafft sind und die gleichzeitig überdurchschnittliche PISA-Test-Ergebnisse aufweist?

Das klingt wie ein Wunder. Eine solche Schule ist die Helene-Lange-Schule, eine integrierte Gesamtschule mit Reformpädagogik, in Wiesbaden.

Vor kurzem weilte Enja Riegel, die Begründerin und langjährige Schulleiterin dieser Schule, im Land. Im Rahmen einer Vortragsreihe der Unabhängigen Bildungsgewerkschaft bzw. der Initiative Gemeinsame Schule Vorarlberg (IGSV) stellte sie vor 400 interessierten ZuhörerInnen ihre Schule vor - unter dem Motto „Schule kann gelingen“.

Die SchülerInnen der Helene-Lange-Schule (eine Mittelschule mit den Schulstufen 5-8) setzen sich zu jeweils einem Viertel aus sehr guten, guten, leistungsschwächeren und sehr schwachen SchülerInnen zusammen. In dieser Relation sucht sich die Schule nämlich ihre SchülerInnen aus den angemeldeten VolksschulabgängerInnen aus. Der Andrang ist enorm: 500 pro Jahr, hundert werden genommen.

Entscheidend ist: Die Helene-Lange-Schule, welche Enja Riegel und ihre KollegInnen 1985 aus einem „heruntergekommenen Gymnasium“ zu einer Gesamtschule erweitert haben, ist keine Gesamtschule im herkömmlichen Sinn. Von diesem in Hessen im Zuge der Bildungsreformen der 70er-Jahre geschaffenen Schultyp grenzt sich Riegel ab. Dort gibt es nämlich eine Differenzierung in vier Leistungsgruppen und dort werde weitgehend auf herkömmliche Art unterrichtet. In der Helene-Lange-Schule sind die SchülerInnen hingegen nicht in verschiedene Leistungsgruppen sortiert, sondern es wird umgekehrt darauf geachtet, dass jede Klasse die in der Schule vorhandene Streuung von leistungsstarken bis schwachen SchülerInnen aufweist. „Kinder lernen von der Vielfalt. Der Stotterer lernt das Reden nicht vom Stotterer“, so Enja Riegel.

Und vor allem arbeitete das ursprünglich vom Gymnasium herkommende Kollegium

viel Reformpädagogik ein. Der herkömmliche Fachunterricht wurde stark aufgebrochen - zugunsten einem Lernen nach Wochenplan und offenen Lernformen. Die SchülerInnen lernen in ein und derselben Klasse auf unterschiedlichen Niveaus nach individuellen Lernplänen, die sich an verschiedenen Kompetenzstufen orientieren. Der 50-Minuten-Takt wurde abgeschafft, es gibt nur Doppelstunden. Intensität statt Häppchen.

In der Helene-Lange-Schule wurde viel Augenmerk auf die räumliche Gestaltung gelegt. Die Schulräume sollen ein anregendes Lernklima bieten. Die vier Klassen eines Jahrgangs bilden zusammen ein „Revier“. Dieses umfasst neben den Klassenräumen auch den „Schülertreff“, einen Aufenthaltsraum für die SchülerInnen, „in dem vieles möglich ist“, und ein Lehrerzimmer. Die Räume werden von den SchülerInnen gestaltet, sie sind für diese selbst verantwortlich. Das bedeutet auch, dass sie die Schule selber putzen. Dadurch achten die Jugendlichen automatisch darauf, dass sie möglichst nichts auf den Boden werfen, und sie werden laut Riegel generell zu einer erhöhten Bereitschaft erzogen, später für die Gemeinschaft Verantwortung zu übernehmen. „Demokratie beginnt beim Putzen“, proklamierte Riegel.

Die LehrerInnen bilden Jahrgangsteams, ein Team unterrichtet alle Klassen einer Schulstufe und behält diese alle Jahre hindurch. Die LehrerInnen sind somit für die SchülerInnen verantwortlich. Es gibt kein Sitzenbleiben der SchülerInnen, also müssen sich die LehrerInnen einiges einfallen lassen, um die leistungsschwächeren SchülerInnen zu fördern und zu motivieren. LehrerInnen müssen auch Fächer unterrichten, für die sie nicht ausgebildet wurden, sind also selbst Lernende. Dabei haben sie aber die Unterstützung des Teams. Die Jahrgangsteams haben einen großen autonomen Entscheidungsspielraum – sie planen Projekte und haben auch ein Budget, über welches sie verfügen können.

Pro Semester wird in jeder Klasse ein Projekt durchgeführt. Während einem Zeitraum von 6-8 Wochen arbeiten die SchülerInnen an ca. 10 Wochenstunden fächerübergreifend zu einem Thema. Am Anfang jedes Projekts formulieren die SchülerInnen, was

sie wissen wollen. Ihre Fragen sind der Ausgangspunkt. Dann überlegen sich die LehrerInnen, welche Methoden sich den Fragen zuordnen lassen. Jede/r Schüler/in bekommt dann ein bestimmtes spezielles Thema zugewiesen (etwa beim Projekt Wasser: Wasserschildkröte, Trinkwasserversorgung, Tsunami), sie werden dazu befähigt, sich eigenständig Informationen zu beschaffen. Einen breiten Raum nimmt dabei das praktische Lernen ein - etwa, wenn eine Schülergruppe bei einem Projekt zum Thema Wald in einem Forsthaus lebt und mit dem Förster arbeitet, kleine Bäume fällt usw. Natürlich kostet das Zeit und muss der spezielle Fachunterricht Zeit abgeben. Doch was von den SchülerInnen eigenständig und erlebnisorientiert erarbeitet wurde, wirkt nachhaltiger. Nicht die möglichst lückenlose Erfüllung des Lehrplans ist das Ziel.

Aber: „Neue pädagogische Ansätze, die von Lehrern ein neues Verhalten fordern, bleiben immer gefährdet, wenn sie nicht organisatorisch abgesichert sind.“ Um

den Rückfall in den ausschließlichen herkömmlichen Fachunterricht zu vermeiden, gibt es an der Helene-Lange-Schule im Stundenplan jeder Klasse an einem Tag in der Woche vier zusammenhängende Wochenstunden „Offenes Lernen“. Diese Stunden werden für praktisches Arbeiten verwendet.

Viel Wert wird auf die Präsentation der Projektergebnisse, vor Eltern, SchülerInnen usw., gelegt, wobei sich die SchülerInnen kreative und unterhaltsame Formen einfallen lassen. Die SchülerInnen erfahren bei der Präsentation Resonanz und Anerkennung und die Erfahrung, dass das, was sie erarbeitet haben, auch andere interessiert.

In diesem Zusammenhang ist der hohe Stellenwert zu erwähnen, den das Theaterspielen an der Helene-Lange-Schule hat. Eine Theaterwerkstatt dauert oft mehrere Tage und Wochen. Theaterspielen, der Auftritt vor einem Publikum stärkt das Selbstbewusstsein der Jugendlichen un-
gemein, ist wie eine Wiederge-

burt. „Wer viel Theater spielt, wird gut in Mathematik“, so Riegels verblüffende Einschätzung.

An der Helene-Lange-Schule wird das Schuljahr durch viele Feste und Inszenierungen „unterbrochen“, deren Wichtigkeit Riegel hervorhebt. Die SchülerInnen bereiten sich darauf vor, freuen sich darauf. Das Schuljahr darf kein formloser Zeitbrei sein.

Das Erfolgs„geheimnis“ dieser Schule ist, so Riegel, dass sich die SchülerInnen durch ein förderndes Umfeld, durch Motivation und Begeisterung, durch die Erfahrung, selber Dinge zu erforschen, zu Höchstleistungen steigern, jeder auf seinem Niveau.

Um eine solche Schule wie die Helene-Lange-Schule auf die Beine zu stellen, braucht es laut Riegel einen Schulleiter mit Visionen und für den Fortbestand den aktiven Rückhalt bei den Eltern.

Buch: Enja Riegel, Schule kann gelingen! Wie unsere Kinder wirklich fürs Leben lernen. Fischer TB



Gerhard Pušnik,
VLI,
Vors.FA-AHS,
vom Vortrag
von Rainer
Domisch am
21. 2. 2008

Das finnische Schulsystem von innen

Über 400 ZuhörerInnen drängten sich in den Hörsaal A der Pädagogischen Hochschule in Feldkirch. Auch bei der 3. Veranstaltung der von der „Initiative Gemeinsame Schule Vorarlberg“ und der Unabhängigen Bildungsgewerkschaft federführend initiierten Veranstaltungsreihe war das Interesse enorm. Rainer Domisch hatte mit seinen einleitenden Worten: „In einem Land in dem bei einem Vortrag über Bildungspolitik noch zusätzlich Sessel herbeigeschleppt werden müssen, ist noch nicht alles verloren“ die ersten Lacher auf seiner Seite.

Ausgehend von acht Eckpunkten des finnischen Schulsystems:

- Gerechtigkeit, Qualität, Effizienz;
- Lernen lernen, Lernen als Beginn des lebenslangen Lernens, kognitives Wissen;
- Integration der SchülerInnen mit besonderem Förderbedarf in den normalen Unterricht;
- Allen SchulabgängerInnen wird eine Möglichkeit der Weiterbildung garantiert;
- Ziel ist es, der Ausgrenzung von Kindern und Jugendlichen entgegenzuwirken;
- Schule und Lernen orientieren sich an den Kindern!
- Das Wohlbefinden der SchülerInnen steht im Vordergrund, nicht das Stoffwissen!
- Zum Wohlbefinden gehört auch das tägliche, kostenlose Essen für jede SchülerIn, geht der Leiter der Lehrplankommission für Deutsch im „National Board“ ins Detail der Reformentwicklung des finnischen Schulwesens.

Geschichte und Implementierung

1964-68 fanden im finnischen Parlament Beratungen über eine Schulform, die mehr Chancengerechtigkeit garantiert als das bis dahin bestehende gegliederte Schulsystem. In dieser Zeit formierte sich eine Breite parlamentarische Mehrheit für ein integriertes Schulwesen. Anfang der 70er Jahre wurde in Lappland mit der Umsetzung begonnen, da dort die geringsten Widerstände erwartet wurden. Die Trägerschaft wurde den Kommunen übertragen. Alle administrativen Ebenen zwischen dem National Board (entspricht dem Ministerium bei uns) und den Kommunen wurden abgeschafft.

1972-1977 wurde die *peruskoulu* (Gemeinschaftsschule) eingeführt. Alle Schüler eines Jahrganges besuchen zwischen der Stufe 1 und 9 dieselbe Schulart. Die LehrerInnen mussten sich darauf einstellen, was mit Widerständen vor allem von GymnasiallehrerInnen und Eltern mit höherer Schulbildung verbunden war!

ab 1980: wird eine tief greifende Lehrplanreform durch- und die klassenlose gymnasiale Oberstufe eingeführt;

ab 1990: folgen weitere Lehrplanreformen und ein markanter, in Österreich nur für LehrerInnen vorstellbarer Schritt: die Abschaffung der Schulinspektion und zwar auf Antrag der SchulinspektorInnen selbst, sie wurden durch kooperative Evaluationsinstrumente ersetzt. Die Verantwortlichkeit der Kommunen und Schulen wurde weiter gestärkt. Die Öffnung der Schulen für die Informationsgesellschaft, landesweite Fortbildungs- und Schulprojekte, die Fremdsprachenvielfalt, Mathematik- und Naturwissenschaften, die Entwicklung der Lesekompetenz sowie der Aufbau virtueller Schulen in ländlichen Gebieten wurden forciert.

Mit Beginn der Umstellung auf das neue Schulsystem wurde die In-

klusion eingeführt! Deshalb gibt es heute kaum mehr ASOs und praktisch auch keine Privatschulen (unter 1%), da der Staat dies nicht will und die öffentlichen Schulen bewusst fördert. Alle 10 Jahre gibt es eine große Reform und als Ergebnis neue Rahmenlehrpläne. Jede Schule hat die Aufgabe ihre eigenen Lehrpläne mit selbstgewählten Schwerpunkten für ihren Standort zu erarbeiten. Praktisch alle Schulen sind mit Inter- und Intranet ausgestattet.

Seit 2005 gibt es obligate **Standards**, die aber nicht als Kontrolle eingeführt wurden, sondern als Orientierungshilfen für LehrerInnen und Eltern. Der Wunsch nach Standardüberprüfungen ist groß und kann auch freiwillig angefordert werden. Alle 5 Jahre wird jedes Fach evaluiert, 5 – 8% der SchülerInnen machen jeweils mit. Es wird nur der Landesschnitt veröffentlicht und jede Schule bekommt ihr Ergebnis. Das hat eine „**positive Diskriminierung**“ zur Folge: Schulen, die viele schwierige re SchülerInnen oder andere besondere Probleme haben, bekommen 70 000 bis 80 000 € für Sozialbetreuer oder andere Spezialistinnen zusätzlich.

Für einen Grundschüler werden 5500 € aufgewendet, ein Gymnasiast kostet ca. 4000 €! Trotz der PISA-Studie ist die Medienöffentlichkeit sehr kritisch mit dem eigenen Schulsystem, erst bei der 3. Studie wurden der finnischen Öffentlichkeit die Vorzüge des Schulsystems im Vergleich zu anderen Ländern bewusst.

Notengebung

Von Klasse 1- 4 werden keine Noten in Ziffernnoten gegeben. In den Klassen 5 und 6 können Noten zusätzlich zu verbalen Beurteilungen gegeben werden. Ab Klasse 7 müssen Noten in Ziffern gegeben werden. Die Notenskala reicht von 10 – 4, wobei 8 eine gute Kompetenz ist.

Selbstevaluierungen der SchülerInnen, Elterngespräche (immer

gemeinsam mit den SchülerInnen), Portfolios usw. sind selbstverständlich, es gibt praktisch keine Klassenwiederholungen!

Sprachen

Finnisch und Schwedisch sind die Landessprachen, ab der 3. Klasse ist eine erste lebende Fremdsprache Pflicht – meist Englisch – und ab der 7. Klasse die zweite Fremdsprache.

In Finnland spricht man nicht von *Migranten*, sondern von Kindern mit einer anderen Muttersprache. Die Vorschulkinder erhalten beispielsweise 20 Stunden Finnisch pro Woche, ehe sie in die erste Klasse kommen. Seiteneinsteiger mit einer anderen Muttersprache erhalten Zusatzunterricht und werden sukzessive in die Klassen eingegliedert.

Trägerschaft, Kostenaufteilung, Gehalt

Jede Kommune hat ein Schulamt, jede Schule einen Schulvorstand. 57% der Kosten trägt der Bund, 43% die Kommune. Die LehrerInnen werden von der Kommune angestellt. „Normale“ LehrerInnen verdienen ca. 300 € weniger als GymnasiallehrerInnen.

Ausbildung, Lehrverpflichtung

ist für alle PädagogInnen universitär. 10% der InteressentInnen können LehrerIn werden, im letzten Jahr wurden von 1200 Angemeldeten 120 zugelassen. Es gibt kein Probejahr bzw. Unterrichtspraktikum, dafür ein Jahr Schulpraxis. Die Lehrerinnen und Lehrer haben eine geringere Lehrverpflichtung (15 Wochenstunden für FinnischlehrerInnen, 16 WS für die andern FachlehrerInnen, zusätzlich müssen sie Betreuungsstunden halten). Finnische Pädagogen verdienen weniger als z. B. die deutschen KollegInnen, aber sie erhalten eine ganze Reihe von fachlichen Unterstützungsangeboten in Form zum Beispiel des Schülerfürsorgeausschusses, den es an jeder Schule gibt. Hier sitzen die Schulleitung, die Lehrerinnen

und Lehrer, die Gesundheitsfürsorgerinnen, die Sonderpädagoginnen, die Schulassistenten, die Kuratoren - das sind Sozialarbeiter, die die Verbindung zu den Familien herstellen -, die Schulpsychologen, die an jeder Schule verfügbar sind, und die Schullaufbahnberater zusammen. Wenn zusätzliche Hilfe benötigt wird, können weitere externe Spezialisten hinzugezogen werden.

Ganztagsschule

Seit 2004 ist die Vor- und Nachmittagsbetreuung für die Sieben- und Achtjährigen Pflicht. Ansonsten nehmen darüber hinaus derzeit etwa zehn Prozent der finnischen Schülerinnen und Schüler an einem gebundenen Ganztage teil. Die restlichen 90 Prozent haben zwar keinen über den ganzen Tag rhythmisierten Unterricht, sind aber dennoch den ganzen Tag an der Schule. Nach dem neuen Rahmenplan ist auch die Verpflichtung zu fächerübergreifendem Lernen vorgeschrieben.

Wesentliche fächerübergreifende Prinzipien

- Humane Erziehung
- Kulturelle Identität und Internationalität
- Kommunikation und Medienkompetenz
- Aktive Staatsbürgerschaft und unternehmerische Einstellung
- Verantwortung für
- die Umwelt, das Wohlergehen aller
- Nachhaltige Entwicklung für die Zukunft (ökologisch, sozial)
- Sicherheit und Verkehr
- Mensch und Technologie

Weitere Prinzipien in den neuen Standards

- Der Unterricht erfolgt unter Lehreranweisung in Selbsttätigkeit oder in Interaktion mit LehrerInnen oder SchülerInnen in einer offenen, ermutigenden, stressfreien und positiven Atmosphäre, wobei die Lernumgebung so einzurichten ist, dass sie ästhetisch auch durch das Umfeld als angenehm erfahren wird.

- Der Unterricht muss von Motivation, Aktivität, Neugier, Selbststeuerung und schöpferischem Arbeiten geprägt werden.

Ratschläge für den Reformweg in Österreich

Zum Schluss seines Vortrages versuchte Rainer Domisch den ZuhörerInnen noch ein paar Ratschläge mit auf den Reformweg zu geben:

„Nehmen Sie Abschied von der Vorstellung von Adhoc-Reformen und setzen Sie alles daran, eine strategische Entwicklung für Schulen zu erarbeiten. Definieren Sie für Ihre Schüler altersgemäße aber nicht zu anspruchsvolle Standards, die sich nicht nur auf Inhalte sondern mehr noch auf Kompetenzen beziehen, orientieren Sie Lehren und Unterrichten nicht an zu verabreichenden Stoffabfüllungen sondern an den angestrebten Ergebnissen. Arbeiten Sie daran, dass Schulen mehr Eigenständigkeit bekommen. Ich spreche absichtlich nicht von autonomen Schulen, eine Schule kann nicht autonom sein, wichtig ist die Eigenständigkeit, gepaart mit Selbstverantwortung. Schaffen Sie die teure und unnütze Schulaufsicht ab und wandeln Sie diese um in partnerschaftliche Evaluierungssysteme, orientieren Sie sich an den besten funktionierenden Beispielen – die Welt ist voll davon – auch schon heute. Machen Sie Kooperationswerkstätten mit einer erfrischenden Vielfalt, vergessen Sie die Behauptung, dass heterogene Gruppen nicht leistungsfähig wären – auch Familien, Vereine und Betriebe sind nicht homogen –, bauen Sie bürokratische und systemimmanente Barrieren ab, sie behindern Lernen, Bildung und Chancengleichheit. Überdenken Sie die traditionellen Formen der Leistungsbewertung und Leistungsrückmeldung an Schüler in Form von seelenlosen Ziffernnoten und verstehen Sie, wenn Sie Lehrer sind, Ihren Beruf nicht als Wissensregulierer und Stoffverwalter, sondern übernehmen Sie Verantwortung als Wissensvermittler und als Begleiter.“

Seit zehn Jahren wird an 41 Volksschulen in Wien mehrstufig unterrichtet

"Die Eltern rennen uns die Türen ein"

Der Schulversuch ist ein rotes Vorzeigeprojekt und gefällt sogar den Grünen

Wien - Heidi Spies' Kinder, drei an der Zahl, waren alle in der Volksschule Wolfgang-Schmälzl-Gasse in Wien-Leopoldstadt. Alle drei besuchten eine Mehrstufenklasse. Mittlerweile gehen die drei Buben in andere Schulen. Spies kam am Freitag einfach so zur Jubiläumsfeier "Zehn Jahre Wiener Schulversuch". "Den Kindern hat es sehr viel gebracht."

Das Konzept der Mehrstufenklassen ist, dass Kinder aller Altersstufen in einem Klassenverband die Volksschule absolvieren. Ausschlaggebend ist hier nicht das Alter, sondern der individuelle Wissensstand der Kinder.

Derzeit gibt es das Modell an 41 Standorten. In den 71 Klassen sitzen jeweils sechs Kinder eines Jahrgangs, maximal 24 Schüler. Sie können die Volksschule in drei bis fünf Jahren absolvieren. Erst dann gibt es Noten. Am Ende des Semesters wird beurteilt, ob das Unterrichtsziel erreicht wurde.

Matthias König ist einer der Ältesten in der Mehrstufenklasse der Schmälzl-Gasse. Der Zehnjährige wird ein Jahr länger bleiben. Wer könnte es ihm verübeln, haben doch er und seine Kollegen zwei bis drei Klassenräume zur Verfügung, zwei Lerncomputer und einen Teppich, auf dem man herumkugeln und lesen kann.

Kein Stundenplan

Dass Matthias Spaß am Lernen hat, ist ihm anzusehen. "Wir haben keinen Stundenplan, sondern ein Programm für drei Wochen oder so", erklärt er. Sein Schultag beginnt mit einem Morgenkreis, bei dem zwei Lehrerinnen den Tagesablauf erklären. Mutter Heidi Spies gefällt vor allem, dass Kinder früh lernen, sich selbstständig den Lernstoff anzueignen und dass Ältere den Jüngeren helfen. "Sie haben später in der Schule keine Nachteile und trauen sich auch zu sagen, was sie nicht können." Die Nachfrage sei groß, sagt Stadtschulratspräsidentin Susanne Brandsteidl (SP): "Die Eltern rennen uns die Türen ein." Im kommenden Schuljahr wird es elf weitere VS-Mehrstufenklassen. Mittlerweile gibt es auch eine Hauptschule mit einer Mehrstufenklasse.

Der Schulversuch überzeugte auch die Grüne Susanne Jerusalem: "Es ist an der Zeit, dass der Versuch ins Regelschulwesen übernommen wird."

Marijana Miljkovic/Der Standard, 7.3.08

Aus der Mailbox (nicht zu ernst nehmen bitte). So steht es also um unseren Beruf!

Be a hero - be a teacher!

Ihre Chance: Traumberuf LehrerIn - Wollen Sie zur Elite gehören? Dann kommen Sie zu uns!

Das wird von Ihnen erwartet:

- * Nerven wie Drahtseile
- * Unterrichtsshows - besser als jedes Fernsehprogramm
- * Sprachkenntnisse in Afghanisch, Arabisch, Kurdisch, Russisch, Polnisch, Türkisch, Serbokroatisch...
- * Qualifizierter Unterricht auch in Keller-, Putz- und Abstellräumen
- * Sportliche Durchtrainiertheit, um auch als 60-jähriger noch mit der Klasse Eislaufen gehen zu können
- * Grundkenntnisse als SozialarbeiterIn, SeelsorgerIn, AnimaterIn, SchiedsrichterIn, SanitärerIn, Verwaltungsbeamter/in, TherapeutIn, wissenschaftliche/r ForscherIn, ProjektmanagerIn, FinanzverwalterIn, MeinungsforscherIn, Outdoor ExpertIn, FremdenführerIn ...
- * Eigenkapital für Klassenfahrten
- * Mit technischen Geräten von gestern die Schüler von heute auf die Welt von morgen vorbereiten

Das wird Ihnen geboten:

- * Steigende Schülerzahlen mit vielen Nationalitäten (Die Welt kommt zu Ihnen in die Klasse - wozu noch verreisen?)
- * Jährliche Urlaubswochen im Landschulheim in Begleitung aufgeweckter Kinder. (Wozu Nächte mit Schlaf vergeuden?)
- * Action am Vormittag und zunehmend auch nachmittags - lassen Sie sich von Ihren Schülern überraschen!
- * Gemeinsames Altern im Kollegium (Nach dem Motto: Weißt du noch - damals!?)
- * Interessante Streitgespräche mit den Erziehungsberechtigten Ihrer SchülerInnen zur permanenten Erweiterung Ihres pädagogischen Horizonts
- * Ständige Anhebung der Arbeitszeit ohne lästige Vertrags- und Gehaltsänderungen. Interessiert?

**Gratuliere
zur tollen Berufswahl!**

BM Schmied präsentiert Initiative "Weiße Feder"

Setze ein Zeichen gegen Gewalt! Die weiße Feder ist ab sofort das Symbol gegen Jugendgewalt

<http://www.bmukk.gv.at/ministerium/vp/pm/20080311.xml>

Jugendgewalt ist ein wichtiges Thema. Für Bildungsministerin Claudia Schmied ist der Umgang mit Gewalt an der Schule unter dem Titel "Gemeinsam gegen Gewalt" ein zentraler Arbeitsschwerpunkt. Das Problem erfordert konsequentes und sensibles Handeln. Gemeinsam mit Expertinnen und Experten arbeitet das Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur daran, Schülerinnen und Schülern, Eltern und Lehrerinnen und Lehrern konkrete und wirksame Hilfestellungen zur Prävention, aber auch Intervention zur Verfügung zu stellen. Die Initiative "Gemeinsam gegen Gewalt" hat ein sichtbares Zeichen: Die "Weiße Feder". Mit der "Weißen Feder" und prominenten Unterstützerinnen und Unterstützern weist Claudia Schmied über die Grenzen ihres Ressorts hinaus auf die Wichtigkeit des Themas hin. Denn: Gewalt geht uns alle an!

1. Die Weiße Feder: Das Zeichen gegen Jugendgewalt

Wir alle tragen Verantwortung dafür, Kindern und Jugendlichen ein gewaltfreies Aufwachsen zu ermöglichen. Die "Weiße Feder" ist ein Zeichen der Solidarität und ein Zeichen, dass Gewalt an und von jungen Menschen keinen Platz in unserer Gesellschaft hat. Claudia Schmied möchte für die "Weiße Feder" Unterstützerinnen und Unterstützer aus allen Bereichen der Gesellschaft gewinnen. Prominente, Institutionen und alle Menschen in diesem Land können durch das Tragen des "Weiße Feder"-Buttons und die Unterzeichnung der Unterstützungserklärung auf der Homepage www.weisfefeder.at Solidarität und Verantwortung für das Thema signalisieren. Bereits vor dem Start haben prominente Unterstützerinnen und Unterstützer - wie etwa Pop-Star Christina Stürmer, Austria-Kapitän Jocelyn Blanchard, Oscar-Schauspieler Karl Markovics oder Ski-Ass Rainer Schönfelder ihr Statement gegen Gewalt abgegeben. Jeder ist eingeladen, ein Zeichen gegen Jugendgewalt zu setzen!

2. Verhaltensvereinbarungen

Ein friedliches Miteinander erfordert klare Regeln. Das gilt vor allem für den Lebensraum Schule. Deshalb sollen alle Schulen gemeinsame Verhaltensvereinbarungen von Schülerinnen und Schülern, Eltern und Lehrerinnen und Lehrern abschließen. Denn nur gemeinsam kann man ein gutes Schulklima schaffen. Bereits jetzt haben rund 40 % der Schulen Vereinbarungen geschlossen. Um alle Schulen in Österreich zu solchen Vereinbarungen zu ermutigen, erhalten diese einen Leitfaden zur Erstellung gemeinsamer Vereinbarungen.

3. Kooperation mit "Rat auf Draht"

Neben Bewusstseinsbildung und klaren Spielregeln ist die schnelle und unbürokratische Hilfe und Beratung für betroffene Schülerinnen und Schüler besonders wichtig. Das Bildungsministerium geht mit dem ORF eine Kooperation ein und unterstützt die erfolgreiche Jugend-Hotline "Rat auf Draht" als Hilfestellung für Kinder und Jugendliche, die in der Schule von physischer und psychischer Gewalt betroffen sind. "Rat auf Draht" ist auch ein zentraler Partner der "Weißen Feder". Spezielle "Rat auf Draht"-Plakate zur Aktion werden an alle Schulen versandt.

4. Information

Auf www.weisfefeder.at werden ab sofort praktische Informationen und Hilfestellungen zum Thema Gewalt für Lehrerinnen und Lehrer, Schülerinnen und Schüler und Eltern zur Verfügung gestellt. Tipps, Ansprechpartner, Hintergrundinformationen und Ratschläge für alle Schulpartner sind wichtig um einen verantwortungsvollen Umgang mit dem Thema zu ermöglichen.

5. Lehrer Aus- und Weiterbildung

Lehrerinnen u. Lehrer spielen die zentrale Rolle in der Gewaltprävention an Schulen. Wir müssen ihnen das notwendige Rüstzeug geben. Gewaltprävention und Konfliktmanagement sind Schwerpunkte in der Aus- und Weiterbildung unserer LehrerInnen. Die Pädagogischen Hochschulen bieten zu diesem Thema Lehrveranstaltungen und Zusatzprogramme an.

6. Schulpsychologen

In kritischen Situationen, die im normalen Schulalltag nicht mehr zu lösen sind, kommen Schulpsychologinnen und Schulpsychologen zum Einsatz. Sie spielen eine wichtige Rolle, um Krisen zu verhindern. Bildungsministerin Claudia Schmied möchte die Anzahl der Schulpsychologinnen und Schulpsychologen um 20% von 150 auf 180 erhöhen.

7. Kunst gegen Gewalt

Kunst ist ein weiterer wichtiger Ansatz, Gewaltprävention zu ermöglichen und für das Thema Gewalt zu sensibilisieren. Deshalb sollen bereits im kommenden Schuljahr in jedem Bundesland Theaterprojekte in Zusammenarbeit zwischen Theatern und Schulen zum Thema Gewalt entstehen. Das Zusammenspiel von professionellen künstlerischen Ansätzen und den Lebenswelten junger Menschen ermöglicht eine kreative Auseinandersetzung mit Gewalt an der Schule.

Späte Antwort der Wirtschaftskammer

Vielen Dank für Ihr E-Mail vom 23.10.2007, welches mir zuständigkeitshalber zugeteilt worden ist. Vorerst bedaure ich, dass Ihr Schreiben bislang versehentlich nicht beantwortet wurde.

Wir freuen uns, dass Sie unsere bildungspolitischen Vorschläge mitverfolgen und offensichtlich auch weitgehend mit uns übereinstimmen. Zumindest entnehmen wir Ihrem E-Mail nichts Gegenteiliges.

Was die Frage der Bildungsfinanzierung betrifft, so ist dies eine Aufgabe der Budgetplanung durch die österreichische Bundesregierung. Zurufe von außen sind hier sicherlich nicht angebracht. Wie Sie wissen, hat sich die österreichische Bundesregierung bereits mehrfach ausdrücklich zur bestmöglichen Bildungsförderung bekannt und ist bereit, diese auch in der Praxis umzusetzen.

Freundliche Grüße

christoph.ascher@wko.at

Referent für die Bereiche Schulrechtslegistik, Schulreform, Schulpolitik, Abteilung für Bildungspolitik, Wirtschaftskammer Österreich, 1045 Wiedner Hauptstr. 63, 05 90900-4074, F-261, <http://wko.at/bp>

www.heise.de/newsticker/Grundschullehrer-mit-Mikrofon--/meldung/105743

Grundschullehrer mit Mikrofon

Drahtlose Mikrofone, die am Hals von Grund- und Vorschullehrern baumeln, Siebenjährige, die ihre Antworten auf Fragen des Lehrers in Handmikrofone sprechen wie Gäste einer TV-Quizshow – ist das die kommende technische Revolution auch an unseren Bildungsstätten für die Kleinsten? Der Trend zum Showmastermikrofon für Lehrpersonal kommt aus den USA. Laut [Washington Post](http://www.washingtonpost.com/wp-dyn/content/article/2008/03/30/AR2008033001643.html) (www.washingtonpost.com/wp-dyn/content/article/2008/03/30/AR2008033001643.html) könnte es sich dabei um "den bedeutendsten Wechsel in der Technisierung von Unterrichtsräumen seit dem Computer" handeln. Angesprochene Lehrer zumindest zeigten sich von der Aufrüstung mit den Infrarot-Mikros beeindruckt. Sie hätten nicht länger mit Kehlkopfentzündungen und daraus folgender Heiserkeit zu kämpfen.

Die Schul- und Klassenzimmer in den USA sind anscheinend sehr laut geworden: Die Zeitung zitiert dafür "das Summen von Neonlampen, ratternde Klimaanlage", den Geräuschpegel von Schülern, und den Halleffekt von untapezierten Betonwänden und Böden ohne Teppich. Um 10 Dezibel müsse der Lehrer lauter sein als das Umgebungsgeschrei, um effektiv zu sein, errechneten Audiologen. Mit der normalen, technisch nicht unterstützten Stimme sei dies auf Dauer nur mit großen Schwierigkeiten und gesundheitlichen Schäden zu leisten. Da Studien zudem Effektivität und Erfolg des mikrofonunterstützten Unterrichts belegen, investiert man jetzt in Prince George's County in Maryland eine Million Dollar jährlich in die bessere Ausstattung von Unterrichtsräumen schon für die Allerjüngsten.

398 Unterrichtszimmer in Kindergärten (Vorschule) sind bereits mit einer solchen Anlage ausgestattet, folgen sollen nun 505 Unterrichtsräume an Grundschulen. Denn, so argumentieren die Experten, was für Erwachsene in Seminarräumen erprobt ist, kann für Kinder auch nicht schlecht sein. (tpa/Telepolis)

Fortsetzung v.S.16: Päd.Tagung:

Wir wollen alle nur dein Bestes!

Dr.ⁱⁿ Kirsten Boie, die mehrfach ausgezeichnete Kinder- und Jugendbuchautorin, spricht in der Großen Universitätsaula in ihrem Eröffnungsvortrag „Es braucht ein Dorf ...“ als klarsichtige Vermittlerin zwischen Erwachsenen und Kindern: „Mich interessiert beim Schreiben die Innenseite der Personen, nur die Außenseite abzubilden, ist mir zu wenig.“ Kirsten Boie schreibt wider den Rassismus und gegen die Gewalt an, sie zeigt aber auch, wie einsam Kinder sein können und wie stark sie von wohlmeinenden Erwachsenen überfordert werden. Die Linzer Soziologin Dr.ⁱⁿ Martina Beham-Rabanser führt in ihrem Vortrag weiter zu Perspektiven der „Bildung von Anfang an“ und skizziert den „Beitrag der Familie als Bildungs- und Erziehungspartnerin“. Univ.-Prof. Dr. Bernd Schilcher, Ordinarius für Bürgerliches Recht an der Universität Graz, bezieht in seinem Vortrag „Die neue Schule und ihre Feinde“ als Bildungspolitiker pointiert und provokant Stellung zu Fragen der neuen Realschule.

Es ist der bekannte Pädagoge und Experte für Reggio-Pädagogik Prof. Wolfgang Liegle, der am Mittwoch, 16. Juli 2008, erneut klare Worte für die Situation der Kinder findet: „Belagerte Kindheit – Frühförderung zwischen Pisafieber und Bildungswahn.“ Die Rolle der Medien im Familien- und Erziehungsalltag wird im Rahmen der Tagung ebenso zentral behandelt wie der Bereich der psychischen Gesundheit und der Möglichkeiten der frühen Prävention.

Poetisch-eindringlich wie der Beginn der Tagung ist ihr Ausklang. „Wurzeln und Flügel – spirituelle Erziehung stärkt für das Leben“ – Vortrag von Univ.-Prof. Dr. Anton A. Bucher.

Weitere Auskünfte: Dr.ⁱⁿ Anna Maria Kalcher, Tel. 0662/8047-7524, anna-maria.kalcher@bildung.kirchen.net
Anforderung Pressekarte: Christel Stanscheck, 0662/8047-7511, pwt@bildung.kirchen.net
Internationale Pädagogische Werktagung Salzburg, Raiffeisenstr.2, 5061 Elsbethen, 0662-8047-7511, Fax -7519, <http://pwt.kirchen.net>

<http://umfrage.fh-campuswien.ac.at/index.php?sid=37682&lang=de>

online-Umfrage zu Schulsozialarbeit

Liebe KollegInnen! Bitte nehmt euch für die online-Teilnahme an dieser Umfrage zu Schulsozialarbeit Zeit (nur bis 20.4.!) - und gebt den Link auch an KollegInnen weiter. Danke. Vielleicht helfen ja die Ergebnisse, um auf die Politik a bissl Druck zu machen, damit mehr passiert, bevor wieder was passiert...

-----Ursprüngliche Nachricht----- Von: Maria Theiner
Gesendet: 9.4.08, an: fuchsbauer@kreidekreis.net

Sehr geehrte Damen und Herren!
Wir bitten Sie dieses Mail an sämtliche Lehrende Ihrer Schule weiterzuleiten.

Wir sind Studierende des Studienganges für Sozialarbeit des FH Campus Wien und führen derzeit ein Forschungsprojekt zum Thema "Schulsozialarbeit" durch. Der in diesem Mail angeführte Link führt zu einem Fragebogen für Lehrer und Lehrerinnen an österreichischen Schulen.

Wir bitten Sie diesen Fragebogen auszufüllen. Da wir die Ergebnisse bis spätestens 20.04.2008 be-

nötigen, bitten wir um ehestmögliches Ausfüllen!

Falls Sie Interesse an den Ergebnissen der Studie haben, melden Sie sich bitte Anfang Herbst beim FH Campus Wien Studiengang Soziale Arbeit, da zu diesem Zeitpunkt der Bericht veröffentlicht wird.

Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung!

Zweiter Zwischenbericht der BMUKK-ExpertInnenkommission „**Zukunft der Schule**“ kann von www.bmukk.gv.at/medienpool/16253/ek_zwb_02.pdf heruntergeladen werden (118 Seiten, 723 kB).

Wien, Sa., 26. 4. 08, ab 9 h,
VHS Hietzing, 1130 Hofwieseng.48:

Mit Kindern reden

Was soll und kann ich als LehrerIn oder ErzieherIn ansprechen? Warum, wann und wo? Und vor allem: Wie?
Eine Fachtagung für PädagogInnen über den Umgang mit der inneren, emotionalen Welt der Kinder als Unterstützung für die pädag. Arbeit → ohne PsychotherapeutIn zu sein.

Weitere Informationen unter www.app-wien.at/Tagung2008.html

Zukunftsforum des Renner-Instituts -
Podiumsdiskussion bei Buchpräsentation

Weißbuch Frauen / Schwarzbuch Männer Warum wir einen neuen Geschlechtervertrag brauchen

Mo., 21. 4. 2008, 18-20 Uhr

Urania Dachsaal, Uraniastr.1, Wien 1

Podiums- und Publikumsgespräch

Ayse Basari, Sozialarbeiterin u.Integrationsexpertin des Vereins Orient Express

Doris Bures, Bundesministerin für Frauen, Medien und Öffentlichen Dienst

Erich Lehner, Psychoanalytiker, Männer- und Geschlechterforscher

Sibylle Hamann, Autorin

Anna Sporrer, Vorsitzende des Vereins Frauen-Rechtsschutz

Gundi Wentner, Partnerin von Deloitte/Wentner-Havranek

Moderation: Tanja Dobart, Leiterin der Frauenakademie des Renner-Instituts

Information: www.renner-institut.at/veranst/linkframe.htm?aktuell04.htm

Wir bitten um Anmeldung

T 01-804 65 01-43

kuehbauer@renner-institut.at

VP-Schnider: Ich bin für eine gemeinsame Schule der 6-15-jährigen als verschränkte Ganztagschule

Auch das gibt's in der VP: Bundesrat Andreas Schnider referierte bei einer Veranstaltung der Grünen. Eine Mitschrift findet sich in www.oeli-ug.at unter News

Individualisierung

Eine Mitschrift vom BundeslehrerInnenntag zu diesem Thema siehe: www.oeli-ug.at unter News.

Hacklerregelung bis 2013 noch nicht verlängert

VP-Neugebauer hat vor Monaten die Regierungseinigung auf Verlängerung der Hacklerregelung verkündet. Nun will die VP ihre Zustimmung an eine Automatik zur Pensionsminderung in künftigen Jahrzehnten knüpfen. Und ihr Einflüsterer Marin meldet sich auch wieder...

Für Pensionsberatung/-rechnung bitte Mail an oeli@kreidekreis.net

57. Internationale Pädagogische Werktagung in Salzburg zum Thema „Gemeinsam erziehen“
Mo. 14. - Do. 18. 7. 2008

Wir wollen alle nur dein Bestes!

Ungeliebt und verwaorlost. Umsorgt und überfordert. Das sind Szenarien von Kindheit, die die Öffentlichkeit in diesem extremen Spannungsfeld irritieren. Diese Extreme stehen im Mittelpunkt der Auseinandersetzung der Vorträge und 24 Arbeitskreise.

„**Gemeinsam erziehen**“, so das Thema der Tagung, spricht die Hoffnung und die einzig mögliche Perspektive an; der Untertitel „Das umkämpfte Kind zwischen Familie, Bildungsinstitutionen und Gesellschaft“ bildet die Wirklichkeit der über 700 PädagogInnen ab, die bei der Werktagung auf tanken, Anregungen sammeln und neue Perspektiven für sich persönlich wie für ihre Arbeit entwickeln können.

Weitere Infos siehe umseitig, S.15